

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.02.2022

Inhalt

EWN

- 1 | **Bürgermeister geht in die Luft**
Ostsee-Zeitung - Usedom-Peene-Zeitung, 19.02.2022 3
- 2 | **FDP sieht MV-Wirtschaft im Aufwärtstrend**
nordkurier.de, 19.02.2022 5
- 3 | **Umweltsenator zu AKW-Bauschutt: Der Rechtsstreit wird Jahre dauern**
LN-online (Lübecker Nachrichten), 18.02.2022 6

📰 Ostsee-Zeitung - Usedom-Peene-Zeitung | 19.02.2022 | S. 13

📄 Auflage: 8.466 | Reichweite: 21.320

👤 Cornelia Meerkatz

EIN BESONDERER ARBEITSPLATZ

Bürgermeister geht in die Luft

Peter Usemann gehört zur Station der DRF-Luftrettung in Greifswald. Als Notfallsanitäter ist er im Rettungshubschrauber „Christoph 47“ zwischen Usedom, Rügen und der Mecklenburgischen Seenplatte im Einsatz.

Einen Bürgermeister, der permanent in die Luft geht - das hat nur das Ostseebad Zinnowitz aufzuweisen. Peter Usemann macht das auch noch große Freude, er sagt, dass sei schon immer sein Traum gewesen. Was sich ein wenig nach cholericischem Typ anhört, ist ein toller Job mit großer Verantwortung. Denn das ehrenamtliche Gemeindeoberhaupt von Zinnowitz ist Notfallsanitäter und gehört seit zwei Jahren zur Crew des DRF-Rettungshubschraubers „Christoph 47“.

Der Hubschrauber, der in Greifswald an der Universitätsmedizin stationiert ist, hat es dem 40-Jährigen schon lange angetan. Wenn sich mal eine Gelegenheit bieten sollte, dort anzufangen, dann werde es das tun, hat sich Usemann immer gesagt. Vor zwei Jahren war es soweit. Eine Stelle als Notfallsanitäter war zu besetzen. Der Zinnowitzer bewarb sich - und wurde genommen. Denn er brachte beste Voraussetzungen mit. Fast 20 Jahre Berufserfahrung als Rettungsassistent des DRK konnte er aufweisen, dazu noch drei Jahre bei der Werkfeuerwehr der **EWN** in Lubmin. Und in Zinnowitz ist er seit 15 Jahren aktives Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. „Ich war überglücklich, als es hieß, dass ich bei der DRF angenommen bin. Das war immer mein Traum“, erinnert sich der junge Familienvater. Nachdem er seine Zusatzausbildung zum Notfallsanitäter absolviert hatte, ging es in die Luft. Ein erhebendes Gefühl sei es für ihn gewesen, als er das erste Mal im Helikopter saß. Schnell sei ihm bewusst geworden, welche ungeheure Verantwortung die Piloten, Notärzte und Notfallsanitäter, die zur Greifswalder Luftrettung gehören, tragen.

Gerufen werden Usemann und seine Kollegen bei Notfällen wie schweren Unfällen auf der Straße, Unglücken mit Kindern, Bränden, Badeunfällen ... Im Sommer sind die Retter häufiger in der Luft als in den Wintermonaten, „obwohl auch da genug passiert“, weiß er. An manchen Tagen folge ein Einsatz auf den nächs-

ten, sei der Rettungshubschrauber zwischen Usedom, Rügen und der Mecklenburgischen Seenplatte permanent im Einsatz. Denn „Christoph 47“ fliegt Tag und Nacht.

Tagsüber geht eine Dreier-Besatzung in die Luft: Pilot, Notarzt und Notfallsanitäter. Peter Usemann sitzt dann vorn links im Cockpit, hält während des Fluges den Funkkontakt, navigiert mit. In der Nacht fliegen zwei Piloten, dann sitzt er zusammen mit dem Notarzt hinter ihnen. Eine Schicht dauert immer zwölf Stunden. Bernd Rosenberger, DRF-Stationsleiter in Greifswald, ist von seinem Kollegen begeistert. „Vom ersten Augenblick stimmte die Chemie“, sagt er. Peter Usemann agiere schnell und umsichtig und mit der nötigen Empathie. Das sei wichtig.

Der Zinnowitzer freut sich über das Lob: „Ohne Mitgefühl geht eine solche Arbeit nicht. Aber bei unseren Einsätzen müssen die Handgriffe sitzen, wir sind Profis, die gerufen wurden, um Leben zu retten“, weiß er. Nicht immer gelinge das, sagt Peter Usemann und denkt dabei an die vielen Verkehrstoten, die er schon gesehen hat. Deshalb dürfe man die Schicksale nicht zu nah an sich heranlassen. Das sei manchmal schwer, besonders wenn es um Unfälle mit Kindern gehe.

Hinter den Einsätzen verbergen sich oft dramatische Schicksale, die die Piloten erst hinterher erfahren. Er denkt an einen Familienvater, der an einen Baum gefahren war und dem die Luftretter nicht mehr helfen konnten. Später erfuhren sie, dass der Mann nur schnell nach Hause wollte, um die Fußballschuhe des Sohnes zu holen. „Natürlich sprechen wir darüber, es bedeutet ja auch ein Stück weit Verarbeitung des Geschehens“, so Usemann. In seinen Augen ist es ein großes Glück, dass „Christoph 47“ 24 Stunden am Tag einsatzbereit ist. „Wir sind innerhalb weniger Minuten an einer Unfallstelle bzw. im Krankenhaus, mit dem

Krankenwagen dauert es manchmal wegen der Entfernung eine dreiviertel oder sogar eine Stunde“, erläutert der Notfallsanitäter. Dann nennt er Zahlen: Von Heringsdorf bis nach Greifswald dauere es mit dem Heli 15 Minuten, mit dem Krankenwagen wenigstens eine dreiviertel Stunde oder mehr. Von Zinnowitz bis in die Greifswalder Unimedizin fliegt er acht Minuten, von Peenemünde sind es sogar noch weniger. „Dank dieser Schnelligkeit kann so vielen Menschen geholfen werden.“

Einer dieser Menschen, denen durch Peter Usemann geholfen wurde, war ein Bürgermeister-Kollege. „Tja, so kann’s manchmal kommen. Auf Usedom und im

Wolgaster Umland wissen die anderen Bürgermeister schon, dass ich zum Rettungshubschrauber gehöre“, sagt er. Was ihn am meisten freut in seinem anstrengenden Job? „Wenn wir erfahren, dass ein Verletzter dank unserer schnellen Hilfe wieder gesund wurde und ein gutes Leben führen kann, ist das wunderbar“, findet er.

Zitat-Text:

”Ich war überglücklich, als es hieß, dass ich bei der DRF angenommen bin.” - Peter Usemann, Bürgermeister des Ostseebades Zinnowitz und Notfallsanitäter

FDP sieht MV-Wirtschaft im Aufwärtstrend

Wie geht es den Unternehmen in der Corona-Pandemie? Trotz Krise bei Werften und Windkraft erkennt die FDP positive Signale.

Schwerin. Hagen Reinhold gibt sich optimistisch. „Das KfW-Förderjahr 2021 zeigt: Die Nachfrage der Wirtschaftshilfen in der Corona-Krise ist im Vergleich zum Krisenjahr 2020 zurückgegangen. Ein sehr gutes Zeichen nach einer langen Zeit der Entbehrung und ein Aufwärtstrend in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft“, meint der FDP-Bundestagsabgeordnete aus MV im Hinblick auf den aktuellen Förderreport der Kreditbank für Wiederaufbau (KfW).

Weniger Corona-Hilfen vom Staat

Die Hilfgelder für Mecklenburg-Vorpommern aus dem „KfW-Unternehmerkredit-Corona“ seien von 300 Millionen Euro auf 81 Millionen Euro gesunken – beim „ERP-Gründerkredit-Corona“ von 19 auf 10 Millionen Euro, berichtet Reinhold. „Dies beweist, wie stark und anpassungsfähig wir im Land sind und wie gut wir aus der Krise kommen können.“

Kredite hätten gut gewirkt

Dabei solle man selbstverständlich die vielen wirtschaftlichen und persönlichen Schicksale nicht vergessen. Als Zwischenbilanz könne aber festgehalten werden, dass die KfW-Kredite genau da gewirkt hätten, wo sie wirkten sollten. Bis heute sei so vielen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern in der schweren Coronazeit geholfen worden.

Vor diesem Hintergrund betont der FDP-Politiker, dass es darum gehe, diese Tendenz mit einer verantwortungsvollen Öffnungsperspektive zu stärken. Unternehmen bräuchten die Chance, durch kluge Hygienekonzepte wieder voll in Fahrt zu kommen. Und noch etwas macht Reinhold deutlich: „Die Ausbreitung der Omikron-Variante hat zu keiner Überlastung des Gesundheitssystems geführt.“

 LN-online (Lübecker Nachrichten) | 18.02.2022

 WEBLINK

Umweltsenator zu AKW-Bauschutt: Der Rechtsstreit wird Jahre dauern

Das Land hat AKW-Bauschutt der Lübecker Deponie Niemark zugewiesen, Lübeck wehrt sich vor Gericht dagegen. Das ist das wichtigste Argument der Stadt im Rechtsstreit.

Lübeck. Nächste Runde im Streit zwischen Lübeck und dem Land um die Zuweisung von 1410 Tonnen Bauschutt aus dem stillgelegten Atomkraftwerk (AKW) Brunsbüttel: Die Stadt hat dem Land eine gut 40-seitige Klageschrift geschickt, das Land hat eine siebenseitige Erwiderung zurückgeschickt. „Wir haben jetzt zwei Monate Zeit, darauf zu reagieren“, erklärte Umweltsenator Ludger Hinsen (CDU) bei einer öffentlichen Fraktionssitzung der Unabhängigen.

Hinsen geht davon aus, „dass sich der Rechtsstreit noch über Jahre hinziehen wird und mindestens durch zwei Instanzen geht.“ Das zentrale Argument der Stadt gegen die Zuweisung lautet: Das AKW Brunsbüttel steht im Kreis Dithmarschen, der ist für die Entsorgung der Abfälle zuständig. Da Dithmarschen keine Deponie besitzt, aber einen Entsorgungsvertrag mit der Deponie Großenaspe bei Neumünster, müsse der Bauschutt dort abgelagert werden. Zumal Großenaspe wie Niemark zu den vom Land als geeignet eingestuften Deponien zählt. Hinsen: „Darum geht es im Kern: Warum wir?“

Deponie Großenaspe bald voll

Die Begründung liefert die zuständige Landesbehörde in ihrer Klageerwiderung vom 2. Februar. Danach ist die Deponie Großenaspe in absehbarer Zeit voll. „Es droht eine Erschöpfung der Kapazität vor Erschließbarkeit neuer Kapazitäten“, schreibt die Landesbehörde. Außerdem habe die Deponie Großenaspe keine Zulassung zur Ablagerung von Dämmmaterial, das Asbest enthält. „Die für eine Deponierung der Abfälle erforderlichen Sachverständigengutachten wären äußerst zeit- und kostenintensiv“, ergänzt Patrick Tiede, Sprecher des Kieler Umweltministeriums, „folglich wären sie vor diesem Hintergrund ökonomisch nicht zu rechtfertigen.“

Das Land hat beim Zuweisungsbescheid auf den Sofortvollzug verzichtet. Erst einmal hat Lübeck also Ruhe. Aber der Umweltsenator berichtete vor den Un-

abhängigen, dass der Rückbau des AKW Brunsbüttel voranschreite: „Der Kernkraftbetreiber Vattenfall hat enormen Druck, vor Ort wachsen die Schutthalde.“ Sollten Gerichte eines Tages die Hansestadt verurteilen, den Bauschutt aufzunehmen, werde man sich dem beugen, sagte Hinsen. Der Umweltsenator geht davon aus, dass dann noch wesentlich größere Mengen nach Lübeck kommen: „Das AKW Brokdorf ist jetzt auch stillgelegt und muss irgendwann zurückgebaut werden.“

Umweltministerium: Derzeit Sofortvollzug nicht erforderlich

Auch während eines laufenden Gerichtsverfahrens könne die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsaktes angeordnet werden, erklärt das Umweltministerium auf Anfrage: „Derzeit liegen dem Land weiterhin keine Tatsachen vor, die die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfordern. Eine Prognose für die Zukunft kann hieraus indes nicht abgeleitet werden.“

Bereits im Juni vergangenen Jahres haben die Kommunalpolitiker die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) beauftragt, eine sogenannte Nullwertmessung vorzubereiten. Dabei wird über einen längeren Zeitraum und kontinuierlich an mehreren Stellen die natürliche Radioaktivität gemessen. Wird der AKW-Bauschutt in Niemark eingelagert, kann anhand solcher Messungen festgestellt werden, ob zusätzliche Radioaktivität hinzugekommen ist – und in welcher Größenordnung.

„Die drei Messstellen sind bestimmt worden“, erklärt EBL-Sprecher Mirko Wetter auf LN-Anfrage, „es werden zwei Stellen am geplanten Einlagerungsbereich der Deponie sein und eine Messstelle an einem Wohngebäude in der Nähe.“ Die Werte werden von Sonden gemessen, die auch Radionuklide unterscheiden können. „Die Messungen werden nach Installation der Sonden in der zweiten Jahreshälfte starten“, sagt Mirko Wetter, „gemessen wird nach Ortsdosisleistung. Die Messergebnisse werden von uns veröffentlicht.“